

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstraße 2-5. — Fernruf: Amr Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 4

Berlin, den 28. Januar 1923

3. Jahrgang

Unser Recht auf hohen Lohn.

Von Dr. G. A. Heidenreich
Lohn und Leistung.

Das die Unternehmer mit Sorgen beladen sind, wissen wir. Großem möchten sie nicht mit dem Los der Arbeiter tauschen. Es ist noch gar nicht lange her, da ging es ihnen noch schlechter, denn sie hatten noch eine bange Sorge mehr. — Als man in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts unter dem Druck der Gewerkschaften begann, die Arbeitszeit von ihrer oft wahnwitzigen Dauer von 14 und 16 Stunden abzubauen, tauchte die schwierige Frage auf, was nun der Arbeiter mit seiner freien Zeit anfangen werde. Vorher war es sehr einfach. Die wenigen Stunden, die ihm blieben, reichten kaum zum Auschlafen. Nun sollte sich zwischen Arbeit und Schlaf eine wirkliche Freizeit einschleichen. Die Unternehmer erkannten sofort die schreckliche Gefahr, die daraus dem Arbeiter entstand — er würde sich langweilen und aus Langeweile seinen Lohn verkaufen. Es war also nur ein gutes Werk, wenn man ihn von früh bis spät ins Fach spannte und ihn vor den Forderungen der Welt bewahrte. So nebenbei war auch die Lohnfrage damit gelöst. Wenn der Arbeiter keine Zeit hat, was soll er dann mit einem hohen Lohn anfangen? Es war richtig — je länger er arbeitete, um so weniger brauchte er Lohn. Wahrscheinlich werden auch unsere Schatzmacher von heute auf diese Weisheiten ihrer Väter nicht mehr sehr stolz sein.

Diese hausbackene Unternehmerphilosophie fand in der damaligen Wissenschaft noch eine hervorragende Stütze. Die klassische Nationalökonomie glaubte die ewigen Gesetze der Wirtschaft entdeckt zu haben, darunter auch ein Lohngesetz, das das Verhalten wegen seiner Granularität das ehernerne Wohngesetz genannt hat. Die Arbeitskraft wurde als eine Ware betrachtet, wie jede andere auch. Der Unternehmer müsse also darauf sehen, sie so billig wie nur möglich einzukaufen. Ihr Preis bilde sich ebenso im Spiel von Angebot und Nachfrage und schwänze um ihre Herstellungskosten — in diesem Fall die Kosten der Wiederherstellung und Erhaltung der Arbeitskraft, also das Existenzminimum für eine Familie. Würden höhere Löhne gezahlt, dann würde sich die Arbeitskraft rasch vermehren. Das steigende Angebot müsse die Löhne wieder auf ihren natürlichen Stand drücken. Es hätte also gar keinen Zweck, hohe Löhne zu zahlen. Es würde letzten Endes doch nichts nützen. Dem Arbeiter wird es immer schlecht gehen. Sinken die Löhne zu stark, dann stirbt eben ein Teil der Arbeiterklasse aus, und die Not wird auch die normale Fortpflanzung verhindern. Das Angebot an Arbeitskraft sinkt. Der verbleibende Rest muß teurer bezahlt werden, wie Brot nach einer Missernte teurer bezahlt werden muß, und zwar so lange, bis wieder das natürliche Gleichgewicht erreicht ist. — Das war ein Teil der „Harmonie“ der Wirtschaft, die für die Interessen aller sorgen werde, wenn man ihr nur freien Lauf ließe. Für die praktische Lohnpolitik hat diese Lehre lange Zeit einen verhängnisvollen Einfluß besessen.

Es wäre ganz verfehlt anzunehmen, daß diese alten Ansichten heute völlig überwunden seien. Noch ist für das Unternehmertum als Ganzes Arbeitszeitverlängerung, Lohndruck und Preissteigerung die „richtige Wirtschaftspolitik“, und in wissenschaftlichen Kreisen und in aller Öffentlichkeit konnte Cassel, ein Gelehrter von internationalen Ruf, die Rückkehr zu den Lehren der klassischen Nationalökonomie verlangen, die praktisch auf die alte Lohnpolitik hinausläufe, sagte er doch, der Arbeiter müsse sich entschließen, zu jedem beliebigen ihm von Unternehmer angebotenen „natürlichen Lohn“ zu arbeiten.

Inzwischen ist im Lager der Unternehmer ein neues Schlagwort an die Stelle des alten getreten. Mit dem „natürlichen Lohn“ können sie nichts mehr anfangen, nun soll der Leistungslohn die Lösung bringen. Mit einer wahrhaft sittlichen Würde wird dieser Leistungslohn gefordert. Klingt das nicht großartig: Jedem das seine, jedem soviel, wie er verdient? Darüber kann man schon vergessen, daß dieser Leistungslohn ein schlechter Witz ist. Was leisten heute die Rinz- und Dividendenkinder, die Wörstelpulanten, die ungefähr ein Drittel des deutschen Volkseinkommens beziehen? Was leisten Unternehmer und Aufsichtsräte für ihre Miesenbezüge, gegen die Minister ein Aufschrei bekommen? Und was erhält der Arbeiter heute für seine Leistung? Es besteht kein Zweifel. Sehr viele, und gerade die, die am meisten haben, beziehen ihr Einkommen für nichts. Viele, das sind in erster Linie die Unternehmer, werden für ihre Leistung maßlos überbezahlt und die meisten, das sind die Arbeiter, werden für ihre Leistung unterbezahlt. Daraus soll nicht gerüttelt werden, aber ein Leistungslohn, wie sie ihn meinen, soll übrigbleiben.

Selbst wenn man von so grundlegenden Dingen absieht, geht die Lohnpolitik der Unternehmer nur von wenig Einsicht. Zur Leistung gehört Leistungsfähigkeit und Leistungswille. Man kann sie nicht einfach verlangen, sondern muß erst die Voraussetzungen schaffen. Der Abbau der Arbeitszeit hat bewiesen, daß die Leistung dadurch nicht beeinträchtigt wird. Er hat auch die so dringend notwendige Freizeit geschaffen. Damit allein ist es aber noch nicht getan. Es müssen die Mittel für eine ausreichende Ernährung, für gute Wohnung und richtige Erhaltung vorhanden sein. Hier fehlt es noch weit. Jedes Leistungsstück muß sich der Arbeiter vom Munde absparen, und wollte er sich eine Wohnung halten, wie sie sein sollte, dann bliebe ihm für andere Ausgaben nicht mehr viel übrig. An einen Erholungsurlaub, den die von Nichtstun und Vergnügen überanstrengten nicht entbehren können, darf ein Arbeiter mit Familie gar nicht denken. Und doch sind das alles Dinge, die für einen gefunden und leistungsfähigen Körper erforderlich sind. Die Unternehmer würden sich wohl die Haare ausraufen, wenn man ihnen mit solchen Forderungen käme. Die Wirtschaft kann sie ja nicht tragen. Sie könnte sie sehr wohl tragen. Wie durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Leistung pro Stunde stieg, so würde auch die Erhöhung der Löhne durch die damit verbundene Leistungssteigerung gedeckt werden.

Eine gute Entlohnung erhöht nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern wirkt auch den Leistungswillen. Wenn irgendetwas mit einer oft recht beschwerlichen und eintönigen Arbeit verbunden sein kann, dann die Aussicht, daß damit auch etwas erreicht

IGB.-Tagung in Berlin.

In den Tagen vom Dienstag, den 17. bis einschließlich Freitag, den 20. Januar 1923, tagte der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretären im Gewerkschaftshaus in Berlin. Diese Tagung ist insofern von besonderer Bedeutung, weil sie entsprechend einem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses in Paris die erste Tagung des Ausschusses an einem anderen Ort als den des Sitzes des IGB. ist und auch die erste gemeinsame Tagung mit den internationalen Berufssekretären. Nach Kriegsende wurde der Sitz des IGB. von Berlin nach Amsterdam verlegt und in Auswirkung des erwähnten Pariser Beschlusses fand nunmehr diese erste Tagung wieder in Berlin statt. Diese Tatsache trägt der Bedeutung Deutschlands und Berlins für die internationale Gewerkschaftsbewegung Rechnung. Deutschland zählt nicht nur unter den dem IGB. angeschlossenen Landeszentralen die meisten freigeordneten Arbeiter, Angestellten und Beamten, es hatte bereits vor dem Kriege von den 39 internationalen Berufssekretariaten nicht weniger als 17 in Berlin und 10 in anderen deutschen Städten, während 5 in England, Holland, Belgien und der Schweiz ihren Sitz hatten.

Neben dem Vorstand des IGB. waren ca. 25 Delegierte der angeschlossenen Landesorganisationen und 40 Vertreter der internationalen Berufssekretariate an der Tagung beteiligt. Neben mehr geschäftsmäßigen Angelegenheiten war bei der diesmaligen Tagung vor allem über die Durchführung von Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses zu beraten, insbesondere über die geplante Sitzverlegung von Amsterdam nach einem anderen für die Geschäftsführung des IGB. besser geeigneten Orte, über die Anstellung eines Generalsekretärs und von Landessekretären, sowie über die Beziehungen zwischen dem Ausschuß des IGB. und den Berufssekretariaten und die zunächst in Angriff zu nehmenden Aufgaben.

Da in einigen Ländern für die Sitzverlegung und die Wahl für die Besetzung der vakanten Sekretärposten die Vorbereitungen noch nicht genügend weit gediehen sind, wurde die Erledigung dieser Angelegenheiten einer nach 6 Monaten stattfindenden Tagung des Ausschusses überlassen. Es ist dabei mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß der Sitz des IGB. wieder nach Berlin verlegt wird.

Durch die Zustimmung zu den vorliegenden Anträgen auf Anschluß der Gewerkschaftszentralen von Estland und Südwestafrika erfährt der IGB. eine erfreuliche Erweiterung.

Auf Antrag des jetzt die Geschäfte des Generalsekretärs führenden Genossen Sassenbach wurde beschlossen, bei der Feier des ersten Mai in diesem Jahre besonderen Nachdruck auf die Durchführung des Mattentendages und die Vornahme der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in allen Ländern zu legen.

Einem von der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Teilnehmer an dieser Tagung veranstalteten Begrüßungsabend im ehemaligen Herrenhause wachte u. a. neben Vertretern der Preussischen Regierung auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bei. In einer Ansprache, bei der er sich auf die gesamte Reichsregierung berief, setzte er die wachsende Bedeutung der Arbeiterbewegung. Er wies dabei auch darauf, daß die Erbauer des Herrenhauses gemäß nicht daran gedacht hätten, daß dieses einmal der Internationalen Arbeiterbewegung zur Unterkunft dienen würde. Er hob besonders die Gewerkschaftsbewegung als Friedensfaktor hervor und ließ seine Rede in einem Hoch auf die Internationale Arbeiterbewegung ausklingen.

Wir sind ein Unternehmer bringt es fertig, bei anstrengender Tätigkeit und wirtschaftlicher Not auch noch Arbeitsfreude zu verlangen. Der Arbeiter, der sich selbst alles verlangen muß, der zu Hause Tag für Tag sieht, daß das Notwendigste fehlt, wird allmählich verbittert und gleichgültig. Meist der Lohn, daß er seinen eigenen Neigungen auch nachgeben kann, daß er seiner Familie einen richtigen Unterhalt geben und Frau und Kindern auch einmal eine Freude machen kann, dann wird er auch eine ganz andere Stellung zur Arbeit einnehmen.

Auch in dieser Hinsicht tun die deutschen Unternehmer gut, vom reichsten Lande der Welt, den Vereinigten Staaten, zu lernen. Der einsichtige amerikanische Unternehmer zahlt nicht nur auf, weil er weiß, daß er schließlich seine Waren wieder an Lohnempfänger verkaufen muß, sondern weil er bei Schundlöhnen niemals die Arbeitsfreude, die für die Leistung von so großer Bedeutung ist, weiden könnte. Unsere Unternehmer streifen sich grundsätzlich um jeden Pfennig Stundenlohn, auch wenn sie im Ueberflusse schwimmen, aber den guten Willen zur Arbeit verlangen sie als eine Selbstverständlichkeit. Nur der Seele des Arbeiters wollen sie sich dafür etwas annehmen. Auch von Gemeinschaft, von Volksgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft und Vertrauensgemeinschaft ist viel die Rede, aber nur da, wo es sich um Arbeit handelt und nicht, wenn es um die Verteilung des Ertrages geht. Dabei haben sie doch ein recht einfaches Mittel, den guten Willen des Arbeiters zu gewinnen. Sie sollen nur anständige Löhne zahlen, von denen wir heute noch weit entfernt sind — die Seele können sie jedem selbst überlassen.

Internationale Sozialpolitik.

V.

Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Neben dieser Enttäuschung erlebte Freiherr von Hertelsbach auch ein Abflauen der fäulnisvollen Begeisterung an der Frage des Arbeiterschutzes, ja er wußte dem Kaiser sogar vor, er habe in der Folgezeit die Grundzüge seiner Februarerlasse preisgegeben. Als konsequenter Sozialpolitiker schied Freiherr von Hertelsbach aus dem Handelsministerium aus, um in der Öffentlichkeit seine Ueberzeugung zu vertreten, und die Freunde der sozialen Reform zusammenzufassen. Er begründete die auch heute in Arbeiterkreisen sehr geschätzte „Gesellschaft für soziale Reform“ und die heute noch erscheinende „Wochenchrift für soziale Praxis“. Aber immer wieder zeigte sich die Notwendigkeit,

Die Teilnehmer an der Tagung nahmen auch eine Besichtigung des Hauses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Verbandshäuser der Holzarbeiter und der Buchdrucker sowie des Reichsarbeitsministeriums und des Deutschen Arbeiterschutzes in Charlottenburg vor. Im Reichsarbeitsministerium wurde ihnen durch Vortrag und auch durch eine dort jetzt untergebrachte sehr interessante Ausstellung der Aufgabenkreis und die Bedeutung des Reichsarbeitsministeriums vorgeführt.

A. A.

Baupolitisches Programm der Gewerkschaften.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Bauarbeiterbund, haben dem Reichsarbeitsminister am 18. Januar eine Eingabe zugehen lassen, in der sie zu der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über „Die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung“ Stellung nehmen und ihr baupolitisches Programm entwickeln. Die Denkschrift stelle die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wesentlich günstiger dar, als sie in Wirklichkeit sind. Gegenüber den vom Reichsarbeitsministerium in der Denkschrift zum Vorschlag gebrachten Maßnahmen sie folgenden Standpunkt ein:

1. Die Zahl der fehlenden Wohnungen ist nicht auf 600 000, sondern auf weit mehr als das Doppelte zu veranschlagen, da allein nach den Ergebnissen der Reichswohnungszählung rund 1 Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind.

2. Die Durchschnittsgröße der künftig zu erbauenden Wohnungen darf nicht herabgesetzt werden. Die Ablichtung Einzimmerwohnungen zu bauen, die kleiner und billiger als die der Vorkriegszeit sein sollen, ist aus Gründen der Volksgesundheit abzulehnen.

3. Die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms für einen mehrjährigen Zeitabschnitt ist erforderlich. Es ist verfehlt, den Umfang der Wohnungsbaufähigkeit ausschließlich nach der jeweiligen Wirtschaftslage zu bemessen. Die in der Denkschrift entwickelten Pläne zur Verteilung der Bauvorhaben über das ganze Jahr und zur Rationalisierung des Bauwesens sind ohne ein solches Programm nicht zu verwirklichen.

4. Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete ist unwirksam. Trotz der bisherigen Mietsteigerungen war keine Belebung der Bautätigkeit zu verzeichnen. Die Spannung zwischen gesetzlicher Miete und Marktmiete ist vielmehr durch Senkung der Neubaumiete zu beseitigen.

5. Zur Finanzierung des Wohnungsbaues ist die Hauszinslast stärker heranzuziehen; ferner ist, falls der inflatorische Geldmarkt die weiter erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen kann, die Aufnahme von Auslandskredit in Aussicht zu nehmen.

6. Der Mieterschutz muß aufrecht erhalten bleiben. Die inzwischen vorgenommenen Lockerungen haben zu keiner Minderung der Wohnungsnot geführt. Die Rückkehr zur freien Wirtschaft im Wohnungsweien ist abzulehnen; erforderlich ist dagegen die Schaffung eines sozialen Wohn- und Mietrechts, das der Mieter einen Schutz vor ungerechtfertigter Kündigung und Mietpreissteigerung gewährt.

Die Spitzenverbände haben ihren Forderungen eine eingehende Begründung beigegeben.

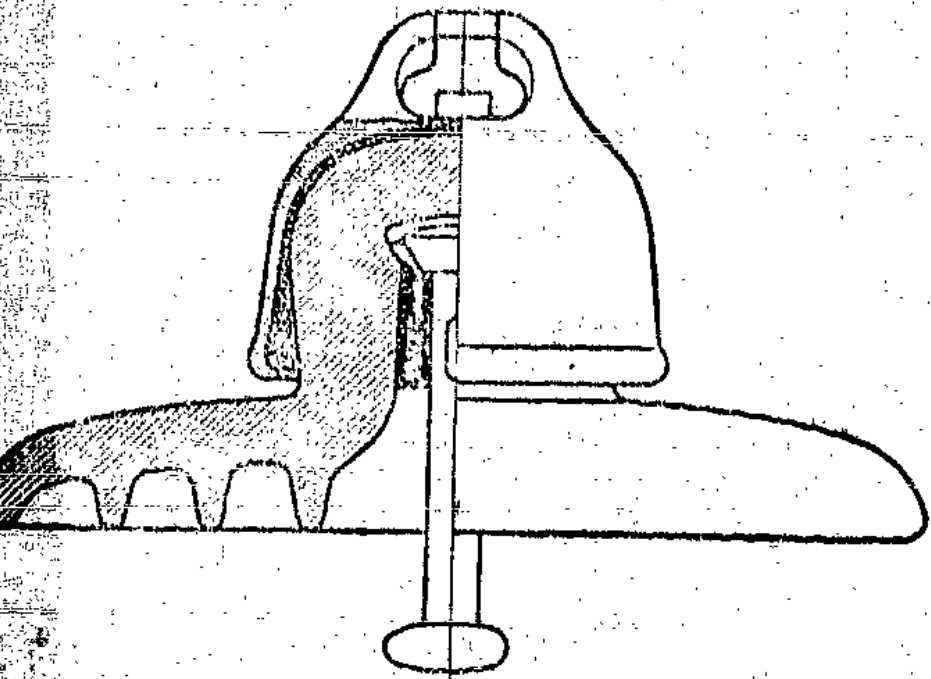
die Sozialpolitik international zu betreiben, wenn man wirklich erfolgreiche Sozialpolitik treiben wollte. Auf einer von Sozialpolitikern einberufenen internationalen Arbeiterschutzeskonferenz wurde unter dem Schutz des Freiherrn von Hertelsbach ein Ausschuß eingesetzt, der die Satzungen einer internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz vorbereiten sollte. Auf dem Internationalen Arbeiterschutzeskongress, der anlässlich der Weltausstellung 1900 in Paris stattfand, wurde beschlossen, die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mit einem Internationalen Arbeiterschutzamt in Basel zu gründen. Mitglieder der Vereinigung waren Regierungsbevollmächtigte, Sozialpolitiker und Gewerkschaften, d. h. die wichtigsten Träger der Sozialpolitik. Diese Vereinigung umfaßte vor dem Kriege 14 Länder, in jedem Land bestand eine Landessektion. In Deutschland war die Gesellschaft für soziale Reform zugleich auch Landessektion der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Nun endlich konnte mit der Vorbereitung internationaler Arbeiterschutzverträge begonnen werden. Die ersten Internationalen Arbeiterschutzvereinbarungen kamen auf den Verner Konferenzen im Jahre 1905 und 1906 zustande. Es wurden internationale Verträge über Verbote der Nachtarbeit von Frauen in industriellen Unternehmen und die Verwendung von weißem Phosphor bei der Herstellung von Röhren geschlossen. Das Ueberereinkommen über das Verbot der Nachtarbeit von Frauen forderte für diese eine mindestens 11stündige Nachruhe in der Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Es war den Regierungen namentlich überlassen, diese Ueberereinkommen zu ratifizieren. Es muß anerkannt werden, daß von 1900 bis 1914 infolge des Wirkens der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung gewisse Erfolge erzielt wurden. Das Verner Ueberereinkommen betreffend die Mindestnachruhe von 11 Stunden für Frauen hatte die Wirkung, daß kurz nach Unterzeichnung des Ueberereinkommens nur noch zwei Länder in Europa ohne eine gesetzliche Regelung der Nachruhe für Frauen waren. Ähnlich war die Entwicklung in Bezug auf die Kinderarbeit. Im Jahre 1890 betrafen nur 15 europäische Länder gesetzliche Vorschriften in Bezug auf Kinderarbeit. Von diesen gestatteten 12 Länder die Beschäftigung von Kindern zwischen 9 und 12 Jahren in der Fabrik. Im Jahre 1918 jedoch hatten schon 23 europäische Länder eine derartige Gesetzgebung.

Die weiteren Bemühungen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz erfuhren durch den Weltkrieg ein jähes Ende. Otto Bach.

Porzellan, Steatit und Sillimanit als Isolierstoffe.

Die Elektrizität nimmt in der Weltwirtschaft eine immer umfangreichere und bedeutungsvollere Stellung ein. Sie ist nicht mehr zu entbehren in der Wirtschaft. Das sie so rasend schnell in wenigen Jahrzehnten bis in die entferntesten Winkel der Erde als Lebensspenderin vordringen konnte, verdankt sie dem Kupferdraht und dem Isolator. Von diesem ist sie mehr abhängig als den Elektroingenieuren lieb ist.

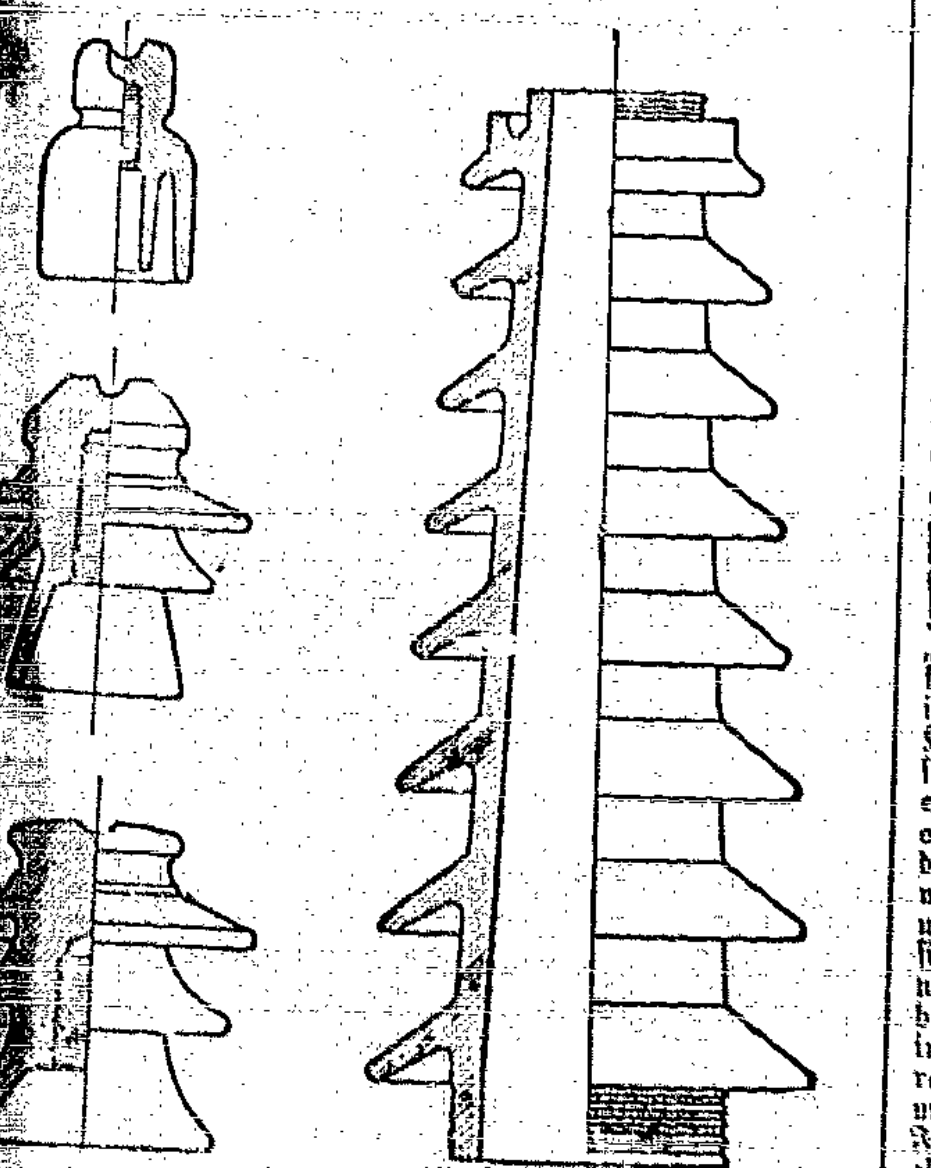
Der gebräuchlichste Isolierstoff für die Elektrizitätswirtschaft ist das Porzellan. Wie nun diese vorwärtsschreitet, so muß das Porzellan mit, wenn es seine Vorherrschaft als Isolationsstoff behalten will. Dabei machen selbst Fachleute die Wahrnehmung, daß ihre künftigen Erwartungen bei der Verwendbarkeit des Porzellans als Isolierkörper weit übertroffen wurden. In der Gestaltungsart und im Größenverhältnis werden gegenwärtig Isolationskörper erreicht, die die allgemeine Anerkennung und Achtung verdienen, weil es Hand- und Qualitätsarbeit ist. Man vergleiche nur einmal die nachstehenden Zeichnungen und die Maßstäbe, dann bekommt man einen Begriff von der bedeutenden Entwicklung der elektrotechnischen Porzellanindustrie vom Biberger bis zum Niesener.



Wenn hier in erster Linie von der Bedeutung des Porzellan als Isolierstoff die Rede ist, so deshalb, weil die elektrotechnische Porzellanindustrie der hauptsächlichste und größte Zweig der Isolierstoffindustrie ist. Daneben gibt es noch einige wenige elektrotechnische Betriebe in der Steatit-Magnesia- und in der Steingutindustrie. Die hauptsächlichsten elektrotechnischen Porzellanfabriken, die teils Hoch- und teils Niederspannungsmaschinen erzeugen, sind in Ulma, Freiberg, Dörmisdorf, Dörmisdorf, Müllersgrund, Jedna, Dörmisdorf, Kronach, Margarethenhütte, Mieselwitz, Neubau b. Sonneberg, Schwandorf, Selb, Suhl, Suhl und Teichw. Für Steatit-Magnesia in Suhl, Suhl und für Steingut in Mieselwitz, Suhl und Teichw. Die erste elektrotechnische Porzellanfabrik stand in Berlin-Moabit und war begründet von Herrn Schomburg, sie existiert aber nicht mehr.

Die deutsche elektrotechnische Porzellanindustrie arbeitet hauptsächlich für den deutschen, schweizerischen, italienischen und österreichischen Markt. Im Jahre 1927 betrug die Ausfuhr 50.071 Doppelzentner, 1924 69.683 Doppelzentner und ebenso im Jahre 1925. Während die Rohstoffe für Hochspannungsartikel auch in den Nachkriegsjahren günstig entwickelt konnten, wichen sich dafür Niederspannungsartikel teilweise umstellen oder einschränken.

Die Herstellung kleiner Isolatoren geschieht in der Weise, daß die Formgebung in einer Gipsform gegeben ist, in der der Gegenstand auf der Seite gedreht wird. Die größeren Gegenstände werden freigeformt. Die genaue Formgebung wird durch Abdrücken an der Drehschindel ermöglicht. Das Freiformen der Isolatoren ist eine verantwortliche Arbeit, die langjährige Erfahrung und genaue Kenntnis des Stoffes voraussetzt. Ein winziges Luftbläschen in der Masse oder ein Fremdkörper, die beim Drehen nicht einmal bemerkt werden, führen zum Zerbrechen des Isolators im Bräufeld, wenn er nicht schon vorher beim Brennen platzt. Ob aber das Platzen des Isolators auf eine Unachtsamkeit des Arbeiters oder auf andere Ursachen zurückzuführen ist, läßt sich nur in den seltensten Fällen einwandfrei nachweisen. Dieser Umstand ist ein erheblicher Nachteil der Isolatorindustrie und sollte eigentlich durch die Herstellung der entsprechenden Einrichtungen beseitigt werden können. Die beste Gewähr für erstklassige Qualitätsware bietet deshalb der langjährig erfahrene gewissenhafte Facharbeiter bei günstigen Arbeitsmethoden und guter Verzahnung. In dieser Beziehung eine Anzahl elektrotechnischer Porzellanfabriken schwer geschädigt, weil sie ihr Hauptaugenmerk auf niedrige Stückpreise, billiges Material und stärkere Ausbeutung der Arbeitskräfte legten, lächlichen Nachwuchs ohne Beachtung der Sicherheit und nicht dazu beitragen, die Freude an dieser Qualitätsarbeit zu haben. Sie nahmen lieber 20 bis 30 Prozent weniger an der Rohware in Kauf, als daß sie annehmbar bezahlten und erträgliche Arbeitsbedingungen gewährten. Die Arbeitern keine Zugeständnisse machen, ist ihre Anschauung,



lieber die Aufkosten an Materialausfall tragen. So denken selbst heute noch einige Direktoren, trotzdem gelernter Fachleute (Dreher) gebraucht und die Anforderungen in bezug auf bestes Isoliermaterial immer größer werden.

Die Porzellanisolatoren sind deshalb bei den Elektrowerken bevorzugt, weil an sie die größten Anforderungen gestellt werden können. Sie sind unempfindlich gegen Feuer, Hitze und Kälte, behalten ständig ihre glatte Oberfläche, widerstehen Säuretrag und zeigen keinerlei Altererscheinungen. Sie haben große Druck-, Zug- und Biegefestigkeit. Sie isolieren Hochspannungseleitungen von 220.000 Volt und solche von 380.000 Volt. Proben auf der Werkschau zu Berlin haben ergeben, daß bis zu 1 Million Volt Spannung ertragen werden. Ihre Zugfestigkeit ist so groß, daß bei den Belastungsproben eher die Metallhaken zerreißen, als daß das Porzellan nachgibt.

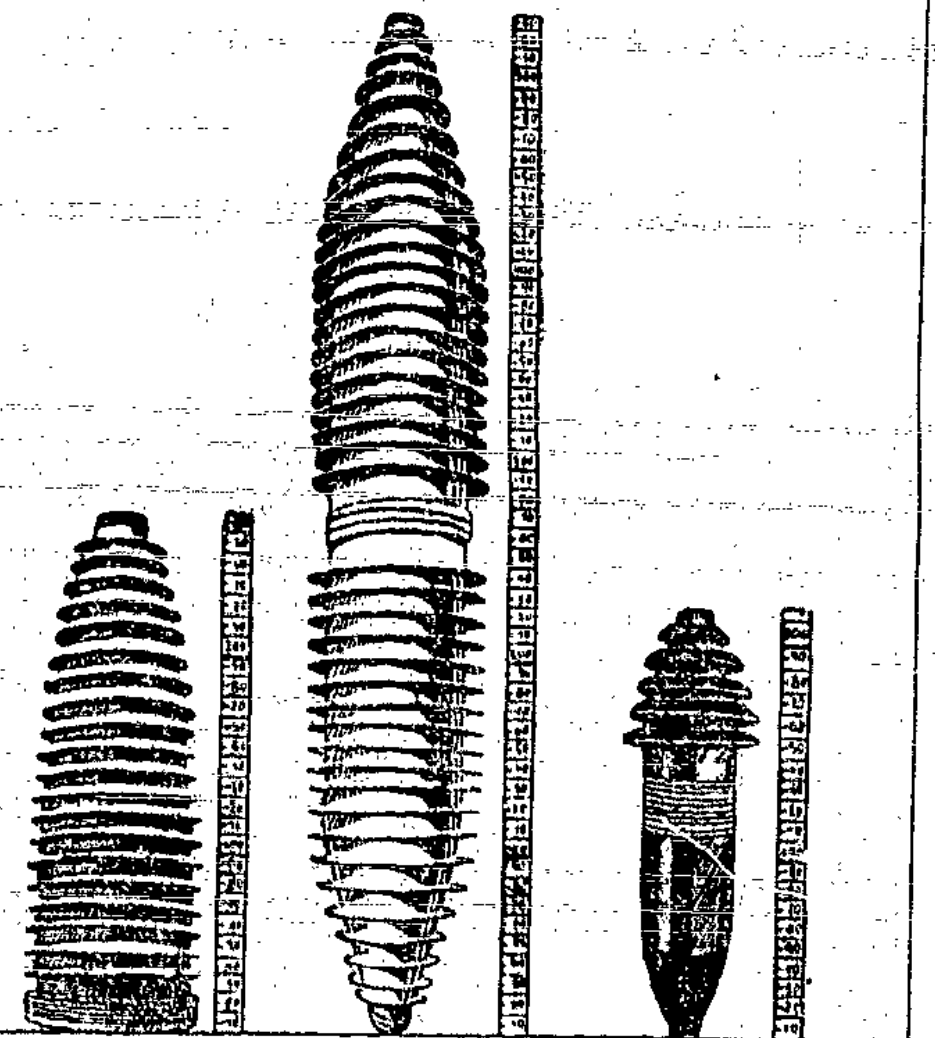
Die Durchführungen aus Porzellan, von der die größte auf der Abbildung zu sehen ist, haben neben ihren großen Vorzügen den Nachteil, daß sie nicht aus einem Stück gemacht werden können. Sie müssen aus mehreren Teilen zusammengesetzt werden.

Die gleichen Anforderungen, die an das Porzellan als Isolator gestellt werden, vermag auch Steatit zu ertragen. Seine Verarbeitung ähnelt der des Porzellans. Beim Steingut, das noch nicht ganz allen Erwartungen zu entsprechen vermag, ist der Vorteil vorhanden, daß große Durchführungen aus einem Stück gegossen werden können.

Die elektrotechnischen Werke der Porzellan-, Steatit- und Steingutindustrie sind noch nicht am Ende ihrer Entwicklung. Sie werden nach mancher Meinung der Elektrowirtschaft mit zur Forderung verhelfen. Mögen die Fabrikanten nicht verabsäumen, ihren tüchtigen Sacharbeitern zu ermöglichen, daß sie den an sie gestellten begeisterten Anforderungen gerecht zu werden vermögen.

Daß die Isolatorindustrie im Keramischen Bund die Vertretung haben, über ihre beruflichen Eigenarten in einer besonderen Konferenz am 29. Januar in Leipzig Meinungsansatz zu pflegen, wird nach diesen Darlegungen kaum bezweifelt werden können. Mögen ihre Bestrebungen Erfolg haben; denn die Isolatorindustrie sind mit einer Kerntruppe der organisierten Porzellanarbeiter.

Der erste Isolator links oben ist der gewöhnliche Telefon- und Telegraph-Isolator der Deutschen Reichspost, wie wir ihn an den Leitungsmasten sehen. Der Isolator darunter ist die Delta-Glocke. Sie wird für eine Leitungsspannung von 20.000 Volt benutzt und ist auf 75.000 Volt geprüft.



Der dritte ist der Weisskirch-Isolator, ebenfalls für Leistungen von 20.000 Volt bestimmt und auf 80.000 Volt geprüft. Daneben steht der Ueberwurf-Isolator. Er hat eine Größe von 1,20 Meter und wird bei Leistungen von 100.000 Volt Spannung verwendet. Geprüft ist er auf 400.000 Volt.

Der Fänge-Isolator ist 276 Millimeter breit, vermag 80.000 Volt Spannung beim Prüfen zu ertragen und wird für eine Betriebsspannung von 25.000 Volt angebracht.

Die dritte Abbildung zeigt drei Durchführungen. Die linke ist aus mehreren Teilen zusammengesetzt und aus Steatit hergestellt. Ihre äußerliche Größe beträgt 2,60 Meter. Der Mittelteil von 5,30 Meter Höhe ist aus Porzellan und hält bei seiner Verwendung die stetige Spannung von 500.000 Volt aus. Daneben steht die aus einem Stück gegossene Steingutdurchführung von 2,05 Höhe. Sie ist bestimmt für die Spannung von 100.000 Volt.

Tägliches, allzutägliches aus der Porzellan- und Steingutindustrie.

Freiwaldau. Die Firma Bing, Glas- und Keramik K.G., bezieht hier eine Porzellanfabrik, die von einem Direktor Kausel (der Herr stammt aus der Tischlerfamilie) geleitet wird. Der Direktor ist gesund; am 31. März muß er die Stelle Freiwaldaus verlassen. Die Firma Bing hat in den letzten Jahren keine Freunde an dem Betrieb erlebt. 300.000 RM soll sie ohnehin angelegt haben. Auch die Arbeiterschaft hat an dieser Fabrik bisher wenig Freude gehabt. Außerordentlich gedrückte Stimmung, die die Direktion diktiert, dabei eine Verhandlung, die unheimlich wichtig ist. Direktor Kausel bedient sich der Ausdrücke wie „Dose“, „Riese“, „Fub“ und „Adler“. In einem alten Krieger Arbeiter (sogar neulich dieser Herr „alter Fresser“). Gaarkräubende Zustände sind dies. Wie kann ein solcher Mann auf einen solchen Posten kommen? Nun ist der Nachfolger von Herrn Kausel schon da, und Herr Kausel lernt ihn an. Der neue Herr soll ein gelehriger Schüler sein. Alles von Kausel Weisheit und Gelehrte macht er sich zu eigen. Das kann ja schön werden. Glaubt die Firma denn, daß diese Weise auch dem Schlußpunkt herauszukommen? Wird denn auf eine sachmännliche Betriebsführung gar kein Wert mehr gelegt? Soll denn nur Trampf sein, die Leute zu drücken und zu schänden? Die Arbeiterschaft in diesem Betriebe sollte sich energisch zur Wehr setzen. Sie vor allen Dingen menschenwürdige Behandlung verschaffen und sich Kausel-Manieren verbitten. Dem neuen Direktor sollte bedeutet werden, wenn er im Kausel-Kurs weiterverfolgt, daß er nicht so lange wie Kausel regiert. Restlose Durchführung der tarifvertraglichen Bestimmungen, Einreichung von Klagen an die Schlichter in jedem Falle sollte Parole der Behörde sein. Die Firma ist Mitglied des Arbeiterverbandes.

Breslau. Hier besitzt die Firma Steingutwerke A.-G. zwei Betriebe mit zusammen 500 Beschäftigten (Zweigbetrieb in Carlswitz). Die Firma ist 1877 gegründet. Sie hätte im vergangenen Jahr, am 1. April, das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens feiern können. Die Firma wollte dieses Jubiläum auch feiern. Der Herr Generaldirektor hatte starke Hoffnungen erweckt und das Jubiläum vorbereitet. Die Arbeiterschaft sollte das nicht schlecht wegkommen; so hatte man schon durchblicken lassen. Alles war bereits gespart wie ein Regensturm. Aber wie so häufig im Leben: Der Mensch denkt... und der Welt geht anders. In diesem Falle war der Gelbsack der Arbeitgeberverband. Der ordnete nämlich zum 1. April, oder eigentlich schon früher, eine Aussperrung der armen Porzellanarbeiter an. Wegen des Jubiläums war die Firma nun etwas in Druck gekommen. Einerseits wollte man gern das Jubiläum feiern, andererseits wollte man aber auch, wenn auch nicht gern, aussperrern. Dazu fühlte sich der Generaldirektor, der zugleich 2. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, so quasi gezwungen. Man schob die Aussperrung bis auf den letzten Tag, den 2. April, hinaus. Aber da ging es nicht mehr länger. Am 2. April mußte man doch aussperrern, und damit waren das Jubiläum und die schöne Feier ins Wasser gefallen. Die Feier verlange der Herr Generaldirektor, daß die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Eigentlich hat er ihnen sehr übel genommen, daß sie überhaupt den Betrieb verlassen haben trotz der Aussperrung. Ein Mann ist seit Begründung der Firma — also seit 50 Jahren — im Betrieb. Auch für diesen fiel das Jubiläum ins Wasser. Der arme Kollege tut uns leid. Fünzig Jahre lang, Tag für Tag, hat dieser Mann seine Widrigkeit, aber von einem Jubiläum hat auch er nichts gewußt. Als Jubiläumsgeschenk hatte sich die Arbeiterschaft schon einen Verbandskasten mit einer richtigen Schere gewünscht. Die Schere hatten jedoch, Gummischürzen zu erhalten. Die im Trockenofen Beschäftigten glaubten bestimmt, Holzspantinen zu bekommen, damit sie sich nicht mehr ihre Schuhe verbrennen. Ganz Erwartungsvolle glaubten sogar, daß man einen Fahrradstand von der Firma gestiftet erhalten würde, oder eine Klosterruine. Weniger Erwartungsvolle meinten, wenn wir statt Kautschuk für unsere Verbandskasten erhalten, dann genügt es auch schon. Aber, wie gesagt, alle Erwartungen sind nicht zugefallen. Die Direktion hatte eben für solche Zwecke nichts übrig gehabt; aber für die Direktion selbst, da scheint eine ganze Menge Geld vorhanden zu sein. Die beiden Betriebe mit noch nicht ganz 500 Beschäftigten haben 1 Generaldirektor, dazu in jedem Betrieb 1 Direktor, weiter 1 Sozialdirektor — das wird der sein, der aus sozialen Gründen das Jubiläum abgeblasen hat. Dann weiter für jeden Betrieb 1 Betriebsleiter. Ferner 1 Betriebsassistent, 1 Betriebs-Ingenieur. Der Sohn des Herrn Generaldirektors und der Sohn des einen Direktors sind im Betrieb beschäftigt, dazu noch 20 technische Beamten: Maschinenmeister, Brennhaushälter, Siedermeister, Stanzmeister, im Badraum sind 17 Personen beschäftigt, 2 Meister sind dort. In der Fabrik sind 20 Wädel beschäftigt, dazu 1 Meister. 8 Formträger sind da, dazu 1 Meister. Ist das nicht ein bißchen viel? Da ist es kein Wunder, daß Professor Berschhofen 50 Prozent Lohnanteil an den Herstellungskosten bei der Porzellan- und Steingutindustrie errechnet. Aber er soll ja beileibe nicht etwa dieses der Arbeiterschaft zuschreiben. Am Oktober 1927, als 2 Prozent Lohnzulage laut Tarif gegeben werden mußten, strich man in Breslau den Zeitlöhnen die Leistungszulage, so daß die Zeitlöhne jetzt in der Großstadt Breslau, die 550.000 Einwohner hat, den nackten Tariflohn als Lohnsatz erhalten. Auch diese Firma ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes.

Tillowitz. Reinhold Schlegelmilch betreibt hier eine Porzellanfabrik, in der allerdings seit Kriegsende niemals in allen Abteilungen voll gearbeitet worden sein soll. Seit Jahrzehnten stellt die Firma Tausende und aber Tausende von Artikeln, und immer nur Modelle, her, besonders Luxusgegenstände, und sie alle sind im Gange. Darunter hat die Arbeiterschaft außerordentlich zu leiden. Für Dubenbe und Hunderte von Stücken hat man Stückpreise gemacht, 1/2, 1/3, 1/4 Dubenbe erhält der Arbeiter in Auftrag. Daß die Verdienste denn auch danach aussehen, versteht sich am Rande. Die Firma hat ein riesiges Lager an Modellen und Formen aller Luxusgegenstände, alle Wäben und Betriebe sind voll. Die Balken biegen sich. Nachleute haben schon gewarnt. Sie beschränken einen Zusammenbruch. Aber die Firma fabriziert neben den neuerdings aufgenommenen Geschirrarbeiten immer weiter neue Modelle als Luxusgegenstände für die Regier und für sonstige künftigen Käufer. Wie lange das noch weitergehen soll, wissen wir nicht. Daß es heutzutage Geschmack und Funktion unter der Handwerkera gibt, und daß eine fürsorgende Betriebsleitung sich dem anpassen und ihn sogar noch fördern möchte, sollte man eigentlich erwarten. — So wenigstens verstehen wir Propaganda für Porzellangegenstände.

Annaburg.

Einen erfreulichen, zahlenmäßigen Anstieg konnte die Zahlstelle Annaburg im Jahre 1927 erreichen. 144 neue Mitglieder traten ihr bei, so daß sich der Mitgliederstand von 458 auf 602 erhöhte. Ganz besonders gute Mitwirkungserfolge konnten im Betrieb Annaburger Steingutfabrik erzielt werden, in ihr ist die Mitgliedschaft zu 98 Proz. organisiert. (Wrawol D. R.) Die Kollegenschaft im Reich kann daraus erkennen, daß mit eifriger Verbearbeitung noch etwas zu holen ist. Die Annaburger Kollegen und Kolleginnen sind der Anschauung, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie erst dann voll durchgedrückt werden können, wenn alle Mitgliedschaften so reiflich organisiert sind wie die in der Annaburger Steingutfabrik.

Gegenwärtig nimmt die Annaburger Mitgliedschaft regen Anteil an dem Zustandekommen eines besseren Mantelartikelfertigungs an Stelle des alten gekleideten. Sie hat ihre Wünsche und Forderungen bereits der Branchenleitung übermitteln. In der Hauptsache beziehen sie sich auf die Mitbestimmung der Arbeiterräte, auf Veränderung bzw. Verbesserung der SS, D, 11, 16, 21, 27, 33, 36. Die Erweiterung des Umlaubs ist sehr notwendig. Die Zahlstelle ist auch der Auffassung, daß die Arbeitszeit und der Lohnabkommen zu kündigen sind. Die Annaburger Kollegenschaft ist gewillt, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der feinkeramischen Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen.

Dies waren die hervorstechendsten Punkte, die neben den üblichen Berichten in der Jahresversammlung der Zahlstelle Annaburg behandelt wurden. Die alte Verwaltung wurde mit einigen Ausnahmen wiedergewählt und die anderen Angelegenheiten erledigt.

Nach ein Novell an die Mitglieder der Zahlstelle: Mit dem Bezahlen der Beiträge sind eure gewerkschaftlichen Pflichten noch nicht erfüllt. Dazu gehört auch die Teilnahme an den Versammlungen und am gewerkschaftlichen Leben. In den Kollegen und der Kollegin muß man den Arbeitsbrüder und die Arbeitschwester sehen. Die Entwicklung der Arbeiterschaft muß von allen gefördert werden. Erst wenn diese Pflichten erfüllt werden, wird die Organisationsarbeit den neugewählten Funktionären trotz aller Mühe Freude machen. G. G.

Röln.

Bei der Firma Pöhl & Wolter, Glas- und Porzellanmalerei, Pöln, bestehen Zustände, die dringend einer Abstellung bedürfen. Vor fünf Jahren war die Betriebschaft reiflich im Porzellanarbeiterverband organisiert. Im Jahre 1924 blieben nur noch einige Kollegen dem Verbande treu, während die Mehrzahl glaubte, ohne den Verband auskommen zu können. Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse für die Arbeiterschaft so dau-

